

1934 - 1945

Der sozialistische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 5/6

Mai/Juni 1988

5 Schilling

Otto Bauer und der „Anschluß“ 1938

Zwischen „Einheit in der Freiheit“ und „Einheit in der Sklaverei“

Vor 50 Jahren, in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli 1938, starb in Paris der große Theoretiker des Austromarxismus, Otto Bauer, im Alter von 57 Jahren an gebrochenem Herzen. Zeit seines Lebens hatte sich Otto Bauer mit der Nationalitätenfrage und mit dem Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland auseinandergesetzt. Kaum vier Monate nach dem „Anschluß“ Österreichs an Hitler-Deutschland starb Otto Bauer. Wir veröffentlichen im folgenden jenen Teil der Rede, die Manfred Ackermann am 6. Mai 1969 über Otto Bauer gehalten hat, die sich mit der Haltung Bauers zum Nationalitätenproblem und zur Anschlußfrage befaßt.

In seinem Erstlingswerk „Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ entwickelte Otto Bauer den Begriff der Nation als einer aus Schicksalsgemeinschaft erwachsenen Charaktergemeinschaft und Kulturgemeinschaft. Zweifelsohne hat die Bauersche Theorie von dem Erwachen der geschichtslosen Nationen und der Nationswerdung ebenso wie die Theorie von dem Hineinwachsen der Arbeiterklasse, der Hinterrassen der Nation, in die Wirtschaft, Politik und Kultur der historischen Nationen größte Bedeutung auch für die gegenwärtige Geschichtsperiode. Zur Zeit, als das Buch erschien, war es der wichtigste Beitrag zur Betrachtung des Problems, das für Otto Bauer und seine Generation von Sozialisten das zentrale Problem ihres Lebens gewesen ist. Das Problem Österreich. Er sagte, daß, „sobald die Zeit der sozialen Revolution kommt, ein so naturwidriges Gebilde wie die österreichisch-ungarische Monarchie zerfallen werde; die in der Monarchie zusammengezwungenen Nationen, die Tschechen, die Polen, die Ukrainer, werden sich ihre eigenen Staaten schaffen, und den Deutschösterreichern werde kein anderer Weg offen bleiben als die Vereinigung mit Deutschland“.

Das Urteil über die Unmöglichkeit der dauernden Existenz der Monarchie kehrte dann in dem im letzten Jahre des Ersten Weltkrieges, im Jänner 1918, beschlossenen „Nationalitätenprogramm der Linken“ wieder, bis es schließlich mit eherner Gewalt von der

Geschichte selbst vollstreckt wurde.

Aus der Auffassung Bauers vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen ergab sich folgerichtig der Gedanke vom Anschluß des deutschsprachigen Teiles Österreichs an die deutsche demokratische Republik, als einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Notwendigkeit. Es kann überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß der Anschlußgedanke Otto Bauers nicht nationalistischen, sondern sozialistischen und revolutionären Überlegungen entsprang. Es handelt sich ihm stets und nur um einen Anschluß an ein freies, demokratisches und, wie er hoffte, sozialistisches Deutschland.

Ich behaupte sicher nichts Unrichtiges, wenn ich sage, daß Otto Bauer es gewesen ist, der die Partei im Jahre



Otto Bauer

1933 veranlaßte, die Forderung nach dem Anschluß aufzugeben und aus dem Parteiprogramm zu streichen, als Hitler im Jänner 1933 in Deutschland zur Macht kam.

Fortsetzung auf Seite 2

Otto Bauer und die Gegenwart

Veranstaltung anlässlich des 50. Todestages von Otto Bauer
am Donnerstag, 30. Juni 1988, um 19 Uhr
im Kongreßhaus Wien (5, Margaretengürtel 138—140)

Es sprechen:

Klubobmann Dr. Heinz Fischer
Prof. Josef Hindels

Veranstalter: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer, Wiener Bildungsausschuß der SPÖ, Fraktion sozialistischer Eisenbahner, Alt-SAJ, Sozialistische Jugend, Junge Generation, Otto-Bauer-Kreis

Fortsetzung von Seite 1

Anfang 1938 schrieb Bauer, wie der Anschluß an das nationalfaschistische Deutschland gerade das Gegenteil dessen bedeuten würde, was er vor 20 Jahren bedeutet hätte. Dies sind seine eigenen Worte:

„Damals der Anschluß an eine freie und friedliche Republik; heute der Anschluß an Staatssklaverei und Kriegsvorbereitung! ... Damals wollten wir den Anschluß an den, wie wir hofften, werdenden deutschen Sozialismus; heute wäre es der Anschluß an die finstere Macht, die nicht nur den Sozialismus im eigenen Lande mit bestialischer Gewalt niederhält, sondern auch dem Sozialismus in der ganzen Welt — von Madrid bis Wladiwostok — den Krieg ansagt. Damals wäre es die Einheit in der Freiheit gewesen, heute wäre es die Einheit in der Sklaverei.“

Wie sehr der Anschlußgedanke von der ganzen Partei, von links bis rechts, akzeptiert wurde, können wir auch aus dem Interview entnehmen, das Karl Renner am 3. April 1938 dem „Neuen Wiener Tagblatt“ gegeben hat.

Ich möchte keineswegs außer acht lassen, daß dieses Interview in einer überaus kritischen und nicht ungefährlichen Situation gegeben wurde. Es beweist dennoch, in wie verschiedener Weise Sozialisten zur gewaltsamen Annexion Österreichs durch den Nazifaschismus Stellung genommen haben.

Renner war aufgefordert worden, sich zu der von den nationalfaschistischen Eroberern vorbereiteten Volksabstimmung zu äußern. Dazu sagte er unter anderem, daß er selbst als erster Kanzler Deutschösterreichs in der Nationalversammlung den Antrag gestellt und zur nahezu einstimmigen Annahme gebracht hat: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Er erinnerte des weiteren daran, wie er selbst als Präsident der Friedensdelegation zu St-Germain viele Monate lang, allerdings vergeblich, um den Anschluß gerungen hat. Und dann sagte Renner wortwörtlich: „Obschon nicht mit jenen Methoden errungen, zu denen ich mich bekenne, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genußtuung für die Demütigung von 1918 und 1919, für St-Germain und Versailles. Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nation wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederaus Zusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte.“

Der Biograph Karl Renners, Jacques Hannak, kann nicht umhin, die Ge-



schicklichkeit anzuerkennen, mit der diese sonderbare Erklärung abgefaßt war. Er meint aber doch, daß Renner damit einen weittragenden Fehler beging. Sogar in Nazikreisen, stellt Hannak fest, herrschte die Meinung vor, daß diese Kundgebung Renners nicht ehrlich gemeint sein könne.

Im Zusammenhang mit Bauers Einstellung zur Anschlußfrage soll nicht unerwähnt bleiben, daß ihm heftigste Vorwürfe immer wieder von seiten der Kommunisten gemacht wurden. Selbst von solchen Kommunisten, die sich von der alten Unart ihrer Partei, von der Unart des Verdächtigen, des Verleumdens und der Beschimpfung ihrer sozialdemokratischen Gegner, längst befreit haben und deren ehrliches Bemühen, irgendwie mit ihrer stalinistischen Vergangenheit fertig zu werden, von jedem Sozialisten respektiert werden muß. Ein Otto Bauer eigentlich recht wohlgesinnter Kommunist behauptete erst vor kurzem, „Bauers ‚gesamtdeutsche‘ Illusionen und die großdeutsche Ausrichtung der Sozialdemokratie hätten die Entwicklung eines österreichischen Nationalbewußtseins innerhalb der Arbeiterklasse“ gehemmt.

Dieser Vorwurf ist durchaus oberflächlich und irreführend. Was da als „gesamtdeutsche Illusionen“, bezeichnet wird, war in der Tat eine unbestreitbar revolutionäre Perspektive. Und das Wort „großdeutsche Ausrichtung der Sozialdemokratie“ muß, so wie es da verwendet wird, den Eindruck erwecken, als ob diese Ausrichtung etwas mit großdeutsch-nationalistischem Denken zu tun gehabt hätte. In seiner Schrift „Der Weg zum Sozialismus“ sagte Otto Bauer, daß die Eingliederung Österreichs in eine Donauföderation uns den Weg zum Sozialismus für lange Zeit versperren würde. Hingegen würde uns aus verschiedenen, von

Bauer dargelegten Gründen der Anschluß an Deutschland den Weg zum Sozialismus bahnen.

Ein allem nationalistischen Denken so abgewandter Sozialist wie der große Austromarxist Max Adler befaßte sich in seinem im Dezember 1918 im „Kampf“ veröffentlichten Artikel „Der Krieg ist aus, der Kampf beginnt“ mit der Frage des Anschlusses an Deutschland aus sozialistischer Sicht. Er schrieb dort:

„Unser Anschluß an Deutschland bedeutet nicht, daß wir plötzlich national geworden sind, bedeutet keine deutschnationale Politik. Anschluß an Deutschland bedeutet für uns den Anschluß an die deutsche sozialistische Republik ... Unser Ziel ist die sozialistische Republik; und deren Verwirklichung gilt die von der Sozialdemokratie als treibende Kraft durchgesetzte Forderung des Anschlusses Deutschösterreichs an das Deutsche Reich.“

Man kann gewiß berechtigterweise auch heute noch darüber nachdenken, wie sich das österreichische Nationalbewußtsein entwickelt hätte, wenn es unseren Unterhändlern bei den Friedensverhandlungen im Jahre 1919 gelungen wäre, die Sieger zur Einsicht zu bringen und ihnen die Zustimmung zu unserer Forderung nach dem Anschluß an Deutschland abzurufen. Wie hätte sich das in den folgenden Jahren ausgewirkt, in bezug auf die politische Entwicklung in einem so geeinten Deutschland, in bezug auf die Entwicklung der gesamtdeutschen Arbeiterbewegung und auf das Aufkommen des Faschismus?

Hätten wir, wenn der Zweite Weltkrieg dennoch gekommen wäre, als Österreicher ein Teil des besiegten Reiches so wie die Bayern, die Sachsen, die Württemberger und die Preußen, hätten wir dann als Österreicher unsere Eigennationalität reklamiert und



die Loslösung vom Reich und von der deutschen Arbeiterklasse gefordert?

Ich will zugeben, daß es vielen als müßig erscheinen mag, solche Gedanken überhaupt zu erwägen, weil ja die Geschichte auf die Frage Österreich ihre eigene, unwiderlegbare Antwort gegeben hat.

Zum letztenmal hat Otto Bauer zum österreichischen Problem in zwei Artikeln Stellung genommen: Im April 1938 schrieb er im „Kampf“ über „Österreichs Ende“, und im Juni 1938, einen Monat vor seinem Tod, veröffentlichte er in dem bereits in Paris erscheinenden „Sozialistischen Kampf“ den Artikel „Nach der Annexion“.

Es erscheint sonderbar, daß in dem

Tragisches Ende

Das Ende war tragisch. Otto Bauer starb kaum vier Monate nach Österreichs Besetzung durch Hitler. In einem einsamen Pariser Hotel in der Rue Turgot, in einer Straße, die steil zum Montmartre-Hügel ansteigt, wurde er am Abend des 4. Juli, kurz nachdem er von einem Gespräch mit Friedrich und Katja Adler „nach Hause“ gekommen war, von einem Unwohlsein befallen, das alle Anzeichen eines Herzinfarktes hatte. Es war ein warmer Sommersonntag in Paris, die Stadt war menschenleer. Ein unbekannter Arzt wurde gerufen, der Bauer eine Injektion gab und sich dann wortlos entfernte. Helene Bauer, ebenso wie Otto Bauer erst wenige Wochen in Paris, wußte keinen Rat. Sie rief mich bei Theodor und Lydia Dan an, in deren Wohnung ich während ihres Urlaubs wohnte. Ich war sofort zur Stelle. Die Hotelleute, freundliche Franzosen, aber über die unheilvolle Störung im Hotel beunruhigt, empfingen mich mit besorgtem Blick und flüsterten mir zu, es sei möglicherweise zu Ende. Helene glaubte, Otto schlief. Er lag ruhig im Bett in dem engen Zimmer, als ob er friedlich und glücklich schlummerte; er sah nicht vergrämt oder bleich und übermüdet aus, wie so oft seit den tragischen Märztagen; ein kühner Zug lag über seinem Gesicht, und das Haar fiel in einer Welle über die stolze Stirn. Mein Instinkt sagte mir, dies sei kein vorübergehender, sondern ein ewiger Schlaf. Friedrich und Katja Adler, die ich in ihrem Hotel alarmiert hatte, kamen eine Stunde später. Wir versuchten, russische Freunde, die schon länger in Paris lebten, zu erreichen. Endlich kam ein russischer Arzt. Nun gab es keinen Zweifel mehr: Otto Bauers Herz hatte zu schlagen aufgehört. Das Morgenrauen zog über Paris herauf. Ein neuer Tag begann — für uns hatte sich eine Welt geändert.

(Aus: Otto Leichter, „Otto Bauer — Tragödie oder Triumph“, Europaverlag, Wien 1970)

im Verlag der Volksbuchhandlung erschienenen Buch von Julius Braunthal „Otto Bauer — Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk“ der für die Beurteilung von Bauers damaliger Haltung so überaus wichtige Artikel über „Österreichs Ende“ in unverantwortlicher Weise verstümmelt, Otto Bauer gewissermaßen zensuriert wurde. Der ganze dieser Arbeit den Sinn gebende letzte Absatz ist, wie Braunthal persönlich erklärt hat, ohne sein Wissen weggelassen worden. Offenbar sollte nicht bekanntwerden, wie eindeutig Bauer sich damals ganz im Sinne unserer Parole „Weder Hitler noch Habsburg“ für die Lösung der österreichischen Frage im Zuge einer gesamtdeutschen Revolution, die, wie er hoffte, der Niederlage des Nazifaschismus in einem Kriege folgen würde, ausgesprochen hat. Hören Sie, bitte, aus dem unterschlagenen Absatz diese wenigen Sätze:

„Der österreichische Sozialismus, der heute zersprengt ist und morgen wieder erstehen wird, kann sich zu der vollzogenen Tatsache der Annexion Österreichs durch das Dritte Reich nicht reaktionär verhalten, sondern nur revolutionär. Wir können das Rad der Weltgeschichte nicht zurückdrehen. Nur eine Niederlage Deutschlands im Kriege könnte Österreich vom Reiche wieder losreißen; aber jede Niederlage Deutschlands im Kriege würde die deutsche Revolution entfesseln, und von der deutschen Revolution würde sich der österreichische Sozialismus nicht losreißen. Die Zukunft der österreichischen Arbeiterklasse liegt also in keinem österreichischen Separatismus. Die österreichische Arbeiterklasse kann nur noch frei werden, wenn die ganze deutsche Arbeiterklasse frei wird. Die Zukunft der deutschösterreichischen Arbeiterklasse ist die Zukunft der deutschen Revolution.“

Wir erkennen auch in dieser Stellungnahme zur Anschlußfrage, wie wenig Otto Bauers Ansicht mit nationalistischem Denken zu tun hatte. Selbst diejenigen, die diese Perspektive als einen Irrtum betrachten, werden zugeben müssen, daß kein Grund es rechtfertigt, diese kühne, revolutionäre Konzeption in einem Bericht über Bauers Leben und Wirken zu unterschlagen.

In die Zeit zwischen dem Buch über die Nationalitätenfrage und seine letzten Arbeiten im Pariser Exil fallen die Jahre des Wirkens Otto Bauers als Führer und Lehrer der österreichischen und der gesamten internationalen sozialistischen Bewegung. In diese drei Jahrzehnte sind geschichtliche Ereignisse von entscheidender Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse zusammengedrängt, woraus sich die mannigfaltigsten Probleme der politi-



schen Führung ebenso wie der theoretischen Auseinandersetzung ergeben haben:

- der Erste Weltkrieg und die Spaltung der Arbeiterbewegung;
- die russische Revolution und die Revolution in Deutschland und ihr so unterschiedlicher Verlauf;
- der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie;
- die österreichische Revolution, die Begründung und der Aufbau der Ersten Republik;
- das Rote Wien.

Und schließlich Daten von tragischer Bedeutung für Otto Bauer und für die Klasse, der er Zeit seines Lebens gedient:

- der 15. Juli 1927; das Aufkommen des Faschismus und Hitlers Machtantritt in Deutschland; der 7. März und der 15. März 1933, Tage der Ausschaltung des Parlaments in Österreich; der 12. Februar 1934 und schließlich die gewaltsame Annexion Österreichs in den Märztagen 1938.

In diese Jahre fällt Otto Bauers Tätigkeit vorerst als Sekretär der Parlamentsfraktion zur Zeit Victor Adlers, seine Kriegsgefangenschaft in Rußland, nach seiner Heimkehr die unterschiedenen Bemühungen als geistiges Haupt der „Linken“, dem sozialpatriotischen Denken der Parteimehrheit entgegenzuwirken, seine Tätigkeit in der Revolutionsperiode.

Und schließlich sein Wirken als Außenminister der jungen Republik, als Parlamentarier und als Führer der Partei selbst, seine Arbeit in der „Internationale“ und zuletzt seine unschätzbaren Bemühungen als Führer, Berater

Fortsetzung auf Seite 4



Franz Schuhmeier, Volkstribun aus Ottakring

Am 11. Februar 1913 krachten um 10.45 Uhr nachts in der Ankunfts-halle des Wiener Nordwestbahnhofes Revolverschüsse. Es war eines der sinnlosesten Attentate, die es je gab. Der Wirtkopf Paul Kunschak, ein Bruder des bekannten christlichsozialen Politikers Leopold Kunschak, hatte einen der volkstümlichsten Arbeiterführer Österreichs, Franz Schuhmeier, erschossen. Da Schuhmeier Sozialdemokrat, Paul Kunschak ein Angehöriger der stark vom Antisemitismus geprägten sogenannten christlichen Arbeiterbewegung war, kann man diese Mordtat auch als einen Ausdruck des damals abgrundtiefen Gegensatzes zwischen den beiden Bewegungen ansehen.

Welch ein Mann da durch eine Mörderkugel dahingerafft wurde, wie eng er mit den Arbeitern von Wien verbunden war, zeigte sich an dem 16. Februar, an dem Schuhmeier zu Grab getragen wurde. Dieses Leichenbegängnis wurde zu einer der größten Massendemonstrationen, die Wien je sah. Wer wissen wollte, wenn er es noch nicht wußte, auf welcher Seite die Massen der Wiener standen, auf der Seite der christlichsozialen Beherrscher des Rathauses, die sich dort nur durch ein ungerechtes Kurienwahlrecht halten konnten, oder auf der Seite der Opposition, die der Mann, der da vorübergetragen wurde, im Gemeinderat so hervorragend vertreten hatte, konnte es bei diesem Gang zu einem Grab erfahren. Wien war sozialdemokratisch, und einer von denen, die unendlich viel dazu beigetragen hatten, es dazu zu machen, war der zum Märtyrer gewordene Franz Schuhmeier.

Er war ein Arbeiterkind, er kam aus dem ärmsten Proletariat. Als er am 11. Oktober 1864 als Sohn eines Bandmachers und einer Wäscherin geboren wurde, machte sich die internationale Arbeiterbewegung zwar schon deutlich bemerkbar, von dem aber, was sie später an Rechten und Erleichterungen erkämpfen sollte, gab es erst Ansätze. Obwohl er in der Volksschule gut lernte, konnte Schuhmeier weder eine höhere Schule noch eine Lehre besuchen. Für ihn gab es nur einen Hilfsarbeiterposten in Gumpendorf. Solches Unrecht mußte den jungen Menschen rebellisch machen, und so kamen die Kollegen in der Buntpapierfabrik Goppold & Schmid, die den aufgeweckten neuen Kollegen zum erstenmal mit sozialistischen Parolen und Forderungen bekannt machten, genau an den Richtigen. Er verlangte nach mehr Bildung, mehr Auf-

klärung. Es war ja eine bildungsbeffissene Zeit, in der er lebte; Aufklärung war ein Wort, das mit Ehrfurcht ausgesprochen wurde. Zwei Jahrzehnte später hat er dann in einem geradezu klassischen Satz die Anklage gegen das Bildungsprivileg formuliert, das neben anderem Unrecht die Arbeiter so besonders schwer traf. Bei der Eröffnung einer Kinderbibliothek in Ottakring sagte er: „Das Wissen der Besitzenden imponiert mir nicht: Es bedeutet nichts gegenüber dem Wissen, das sich der Arbeiter unter harter Mühe aus eigener Kraft erwirbt. Wie viele Talente verkümmern, wie viele edle Anlagen verwahrlosen, weil die Armut sie erdrückt.“

1886 heiratete er eine Arbeitskollegin, und im selben Jahr wurde er auch zum Obmann des von Arbeitern gegründeten Rauchklubs „Apollo“ gewählt. Welch ein seltsamer Rauchklub das war, geht daraus hervor, daß sein Obmann knapp vor Weihnachten 1888 wegen Übertretung des Vereinsgesetzes in den Arrest wandern mußte und so nicht zum Hainfelder Parteitag kommen konnte, zu dem er als einer der Vertreter der „Gemäßigten“ delegiert war. Es war wohl kein Zufall, daß der Arbeiterbildungsverein in Neulerchenfeld, den Schuhmeier ein Jahr später gründete, auch „Apollo“ genannt wurde. Man brauchte sich nicht mehr hinter Rauchschwaden zu verstecken, wenn man über die Lage der Arbeiterklasse in Österreich miteinander reden wollte.

Im Jahr 1891 ging der als Versammlungsredner schon sehr bekannte und beliebte Schuhmeier ganz in die Politik. Als im selben Jahr die Landesorganisation Niederösterreich, zu der damals ja auch Wien gehörte, ein eigenes Blatt gründete, wurde Schuhmeier dessen Administrator und später dessen Chefredakteur. Er hat aus der

„Volkstribüne“ ein überaus populäres, echt wienerisches Arbeiterblatt gemacht. 1896 wählte der Prager Parteitag den populären Ottakringer in die Parteivertretung, zeitweise leitete er auch das Parteisekretariat.

Selbstverständlich steht Schuhmeier im großen, jahrelang dauernden Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in der ersten Reihe. Im Jahre 1900 zieht er gemeinsam mit Jakob Reumann, dem späteren ersten sozialdemokratischen Wiener Bürgermeister, in das Wiener Rathaus ein; ein Jahr später erobert er auch noch ein Reichsratsmandat dazu.

Im Gemeinderatssaal war Schuhmeier so richtig in seinem Element. Der christlichsoziale Wiener Bürgermeister Karl Lueger,

Vor 75 Jahren wurde Franz Schuhmeier ermordet: Aus diesem Anlaß veröffentlicht der „Kämpfer“ dieses Porträt von Alfred Magaziner aus seinem Buch „Die Wegbereiter“ (Volksbuchverlag, Wien 1975). Außerdem veröffentlichen wir einen Beitrag zu diesem Gedenkdatum von Genossen Karl Mark. Er stellte uns diese Erinnerung zur Verfügung, nachdem die „Neue AZ“ sie bedauerlicherweise nicht veröffentlichte.

ein blendender Redner und überaus geschickter Demagoge, überragte seine Parteifreunde um mehr als Haupteslänge. In dem gescheiterten, politisch wohlbeschlagenen und mit einem glänzenden Rednertalent ausgestatteten Schuhmeier fand er einen ebenbürtigen Widerpart. Die beiden Gegner verfügten auch noch über Witz und Schlagfertigkeit, und so wurde es mit dem Einzug Schuhmeiers in den Sitzungssaal des Gemeinderates dort lebendig. Die Rededuellen zwischen Lueger und Schuhmeier machen die Lektüre mancher Sitzungsprotokolle des Gemeinderates aus dieser Zeit auch heute noch für den Kenner der damaligen Verhältnisse zum Vergnügen.

Dabei war so vieles, was Schuhmeier zu sagen hatte, tief Ernst. So, wenn er über das unsägliche Wohnungselend, eine wahre Schande für die Haupt- und Residenzstadt eines großen Reiches, zu sprechen hatte. In seinen Reden wurden auch schon die Linien späterer sozialdemokratischer Gemeindepolitik sichtbar. Er verlangte damals schon städtischen Wohnungsbau, Schulbäder und Schulärzte. Im Reichsrat war Schuhmeier vor allem ein Kämpfer gegen den Militarismus und gegen die Kriegshetze. Er erreichte die staatliche Unterstützung der Familien von Reservisten, die bei Waffenübun-

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 3

und ergebenster Helfer der illegalen Revolutionären Sozialisten.

Diese Jahre waren ausgefüllt von seiner rastlosen Bemühung, unser Verhältnis zur russischen Revolution und zum Bolschewismus zu klären, die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden oder doch ihre Ausweitung zu verhindern, und diese Jahre brachten die weitblickende geniale Konzeption der Strategie der österreichischen Arbeiterklasse in der Formulierung des Linzer Programms vom Jahre 1926.

Was Otto Bauer in jeder dieser Si-

tuationen, zu jedem dieser geschichtlichen Geschehnisse sagte und schrieb, hat das Denken und Handeln der Parteivertrauensmänner und der Arbeitermassen in höchstem Maße beeinflusst. Worüber immer er zu uns sprach, zu welcher Haltung immer er uns zu bestimmen bemüht war, stets war in jedem seiner Worte erkennbar, wie sein ganzes Wirken sich auf die Erfüllung jener großen Aufgabe ausrichtete, die die Lehrmeister des Sozialismus uns vorgezeichnet haben und über die sich heutzutage nur armseliger Praktizismus erheben fühlt. Ich spreche von jenem armseligen und doch so arrogan-

ten Praktizismus, der es sich nicht mehr vorstellen kann, daß Sozialisten in unserer Zeit noch an die Möglichkeit einer künftigen klassenlosen Gesellschaft zu glauben vermögen. Wir, die Otto Bauer gekannt haben, wir wissen, daß er, wenn er noch leben würde, so wie eh und je sich der Aufgabe widmen würde, „die Entwicklung bewußt zu machen und zu fördern von den Kämpfern um die Verbesserung der ökonomischen und der politischen Lage des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung selbst“.

Fortsetzung von Seite 4

gen oder Mobilisierungen einrücken mußten. Für die Bergarbeiter setzte er die Verkürzung ihrer täglichen Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden durch. Ein besonderes Anliegen von Schuhmeier aber war die Alters- und Invalidenversicherung.

*

75 Jahre „Roter Hund“

Der Titel „75 Jahre „Roter Hund““ gilt nicht dem Studentenkabarett, das diesen Namen führte, da es erst 1945 gegründet wurde. Es geht um die Herkunft dieses Namens. Bei der Gründung suchte man einen passenden Titel und entschied sich nach einem Bericht von Hugo Pepper für „Roter Hund“. Ich hatte gelegentlich Pepper berichtet, wie ich als Zwölfjähriger zur sozialistischen Bewegung kam.

Am 12. Februar 1913 las mein Vater aus der Zeitung vor, daß am Vorabend, am 11. Februar 1913 um 10.45 Uhr abends, der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Franz Schuhmeier nach der Rückkehr von einer Versammlung auf dem Nordwestbahnhof von dem christlichsozialen Arbeiter Paul Kunschak (Bruder von Leopold Kunschak) erschossen wurde. Obwohl ich seit den Reichsratswahlen im Juni 1911, bei der die Christlichsozialen vernichtend geschlagen wurden — sie verloren 17 der 20 christlichsozialen Mandate aus den 33 Wiener Wahlkreisen, die sie bis dahin vertreten hatten —, immer stärker an politischen Fragen interessiert war, wußte ich von Schuhmeier nur, daß er ein besonders beliebter Führer der Wiener Arbeiter, vor allem der Ottakringer, gewesen war.

Auf dem Schulweg zum Akademischen Gymnasium bewegte mich dieser Mord sehr stark, und als ich vor der Schule eine Anzahl meiner Schulkollegen sah, gab es bald eine rege Diskussion. Plötzlich sagte einer der Kollegen (es könnte der später berühmte Fritz Mandl, der ein intimer Freund des Heimwehrführers Starhemberg war, gewesen sein): „Es ist gut, daß so ein roter Hund wegputzt worden ist.“ Dieser Ausspruch erregte mich derart, daß ich in den zwei Stunden bis zur großen 10-Uhr-Pause nur nachdachte, was man machen müßte. Um 10 Uhr stand mein Entschluß fest. Stolz verkündete ich: „Von heute ab bin ich ein roter Hund.“

Am Nachmittag ging ich in die Volksbuchhandlung in der Gumpendorfer Straße und kaufte mir auf Anregung der Genossen Scholz und Sterngläß um 20 Heller die Broschüre „Was will die Sozialdemokratie?“ von Wilhelm Ellenbogen. Schließlich wollte ich ja wissen, was ich als „roter Hund“ will, und das bin ich durch 75 Jahre so geblieben.

Karl Mark

Richard Bernaschek 1888—1944

Am 6. Juni 1888 wurde Richard Bernaschek in Elisabethdorf bei Budapest als Sohn eines wegen politischer Tätigkeiten aus Österreich ausgewiesenen böhmischen Schuhmachers geboren. 1900 kam er mit seinen Eltern nach Linz. Nach Absolvierung der Schlosserlehre arbeitete er in mehreren Maschinenfabriken. Wegen seiner politischen Arbeit in der Sozialdemokratischen Partei und in der Metallarbeitergewerkschaft verlor er schließlich auch seine Arbeit in der Linzer Schiffswerft. Im Ersten Weltkrieg geriet er in Kriegsgefangenschaft.

Nach seiner Rückkehr nach Linz übernahm er politische Funktionen im Landesarbeiter- und Soldatenrat. Ab 1923 leitete Genosse Bernaschek als Sekretär der RS den Aufbau des Wehrverbandes der Partei in Oberösterreich, schließlich wurde er zu seinem Landesleiter ernannt.

Als am frühen Morgen des 12. Februar 1934 Polizeieinheiten in das Hotel Schiff, die Linzer Parteizentrale, eindringen, leistete er nach vergeblicher Kontaktaufnahme mit Landeshaupt-

mann Schlegel bis zu seiner Verhaftung Widerstand und rief auch die anderen oberösterreichischen Schutzbundfunktionäre zum letzten Gefecht für die Demokratie auf.

Die Nationalsozialisten wollten Bernaschek für sich gewinnen und befreiten ihn aus dem Gefängnis. Er begab sich aber nach kurzem Aufenthalt im Deutschen Reich nach Prag ins Exil und bemühte sich nach einer Moskareise um eine sozialistisch-kommunistische Einheitsfront.

Nach der Okkupation Österreichs kehrte er nach Linz zurück, um hier eine Widerstandsbewegung zu organisieren. Am 21. Juli 1944 wurde er jedoch von der Gestapo verhaftet und nach brutalen Verhören wenige Tage vor der Befreiung Oberösterreichs durch den SS-Oberscharführer Niedermair im KZ Mauthausen durch einen Genickschuß heimtückisch ermordet.

Wir sozialistischen Freiheitskämpfer werden unseren Genossen Bernaschek, dessen einziger politischer Ehrgeiz es war, der Arbeiterklasse bestmöglich zu dienen, niemals vergessen!

„Ständiges Mahnmal der Erinnerung“

„Wir sind hier zu einer Stunde der Erinnerung und der Rückbesinnung zusammengekommen, um gemeinsam an diesem Ort des Schreckens und des Terrors jener zu gedenken, die hier als Opfer einer willkürlichen Verfolgung Unsägliches erlitten oder den Tod gefunden haben“, erklärte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am 15. Mai 1988 bei der Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, das uns, wie Vranitzky betonte, ein ständiges Mahnmal der Erinnerung sein und bleiben müsse.

Die diesjährige Befreiungskundgebung erhielt ihren besonderen Rahmen durch die Aufführung der „Mauthausen-Kantate“ von Mikis Theodorakis, die der bekannte griechische Komponist selbst dirigierte. Den Text zu dieser Kantate hat der ehemalige griechische Mauthausen-Häftling Jakob Kamenalis verfaßt. Theodorakis über-



Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky bei seiner Rede im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen.

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Josef Hindels, Leo Lesjak, Dr. Aurèl Moser, Otto Skritek, Hans Waschek.

reichte nach der eindrucksvollen Aufführung dem österreichischen Bundeskanzler eine Botschaft des griechischen Ministerpräsidenten Papan-dreou über den griechisch-türkischen Dialog.

Slowenen in Kärnten

Neuerscheinungen zu ihrer Geschichte und zu den Problemen der Gegenwart

In engem Zusammenhang mit dem Gedenk- und Bedenkjahr 1988 sind jene drei Publikationen zu sehen, die über die Geschichte und über die gegenwärtige Situation der Slowenen in Kärnten berichten.

Der bereits seit dem Jahre 1851 um die Verbreitung slowenischer Literatur bemühte Hermagoras-Verlag in Klagenfurt stellte am 3. Mai 1988 in Wien seine neue Publikation „**Geschichte der Kärntner Slowenen von 1918 bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung der gesamtslowenischen Geschichte**“ vor. Bei der Gestaltung dieses als Lehrbuch für den Unterrichtsgebrauch für geeignet erklärten Werkes wirkten bekannte Historiker, wie Hanns Haas, Walter Lukan, Andreas Moritsch oder Karl Stuhlpfarrer, und Vertreter der slowenischen Volksgruppe in Kärnten, zum Beispiel Reginald Vospersnik oder Valentin Inzko, mit. Ein kurzer Überblick über die Geschichte der Kärntner Slowenen bis 1918 leitet das Werk ein. Eine Fülle von Informationen erfahren wir in den weiteren Abschnitten dieses Lehrbuches. Selbstverständlich auch über die brutalen Jahre des Naziterrors. Der Bogen spannt sich hier von der Errichtung eines Bespitzelungsapparates, einer sogenannten „Volkstumsstelle“ unter der Leitung des Hetzers gegen die Slowenen Alois Maier-Kaibitsch in Klagenfurt, über die Aussiedlung Kärntner Slowenen im April 1942 bis hin zum opferreichen Kampf slowenischer Partisanen gegen den Nazifaschismus. Hier ist es auch angebracht, daran zu erinnern, was die „London-Information“ der österreichischen Sozialisten in Großbritannien am 15. Juli 1942 über die Germanisierungspolitik der Nazis meinte:

„Die brutale Verfolgung, die die Ausrottung der gesamten intellektuellen Klasse beinhaltet und die Vertreibung Tausender Bauern von ihrem Land, wurde zuerst in der Südsteiermark und in Teilen des eigentlichen Slowenien angewendet. Das hat sich nun auf das österreichische Bundesland Kärnten ausgedehnt... Es sind dies jene friedfertigen Menschen, die heute Opfer dieser abscheulichen Naziverbrechen sind. Grausamkeiten, die kaum weniger abscheulich sind als jene in Polen oder der Tschechoslowakei, werden täglich an ihnen verübt. Wir österreichischen Sozialisten protestieren nicht nur gegen diese Greuelthaten. Wir versprechen, daß wir diese, soweit es in unserer Macht steht, wieder gut-

machen werden. Was die Nazis vernichtet haben, werden die österreichischen Arbeiter und Bauern, einmal befreit, wiederherstellen, einschließlich der Häuser unserer Freunde und Brüder der Arbeiter und Bauern Sloweniens. Wir und sie sind Opfer der gleichen Unterdrückung. Wir sind Kameraden im gleichen Kampf. Wir werden Kameraden sein beim Wiederaufbau, wenn wir den Sieg errungen haben.“

Borut Marjan Sturm und Črtomir Zorec brachten bereits 1987 das Gedenkbuch „**Den Gefallenen für die Freiheit. Gedenkstätten des antifaschistischen Kampfes in Kärnten**“ heraus. „Über 50 Partisanengräber und Erinnerungstätten mit zirka 500 begrabenen Partisanen und Aktivisten zeugen davon“, wie Marjan Sturm in seinem einleitenden historischen Abriß schreibt, „daß während des Zweiten Weltkrieges in Kärnten zwischen den Partisanen und den bewaffneten deutschen Einheiten ein unerbittlicher Kampf geführt

wurde.“ Fotos dieser Mahnmale und Grabstätten sowie kurze historische Darstellungen in slowenischer und deutscher Sprache über die Ereignisse in den jeweiligen Orten, von Abtei bis Zell, informieren über diesen bedeutenden Widerstand gegen den Faschismus in Kärnten. Wieder wollen wir Marjan Sturm zitieren, der über den militärischen Stellenwert des Partisanenkampfes in Kärnten meint:

„Die slowenischen Partisanen in Kärnten banden 10.000 deutsche Soldaten, die Hitler an der Ostfront abgingen. In über 600 bewaffneten Aktionen fügten sie den Nazis einen großen materiellen Schaden zu, der die deutsche Kriegswirtschaft schädigte und die Kampfmoral der deutschen Soldaten schwächte. Kärnten war der einzige Teil innerhalb des Hitlerreiches, in dem die autochthone Bevölkerung drei Jahre hindurch im Kampf gegen die nazistische Gewaltherrschaft verharrete und so mit der Waffe in der Hand zur Befreiung der Heimat Erde von der Fremdherrschaft beitrug.“

Anonyme Schreiben, rechtsextreme Pamphlete und eine unglaubliche Hetzkampagne gegen die zweisprachige

Fortsetzung auf Seite 8

„Ihr Schicksal muß uns ständige Mahnung sein“

„Niemals wieder darf solchen Denkweisen, solchen politischen Konzepten auch nur der geringste Raum gewährt werden“, erklärte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am 29. April 1988 im Straflandesgericht Wien bei einem Gedenkkakt für jene 13 slowenischen Widerstandskämpfer, die am 29. April 1943 vom NS-Regime hingerichtet wurden. „Das Schicksal dieser 13 Slowenen muß uns eine ständige Mahnung sein, wir wollen hier heute ihrer mit tiefem Respekt vor ihrem Mut und ihrer Opferbereitschaft gedenken.“

Vranitzky unterstrich, daß das Gedenken nicht auf die 13 Slowenen beschränkt werden soll, sondern daß auch die zahllosen anderen nicht vergessen werden dürfen, die zu Opfern dieses Regimes und seiner unmenschlichen Gesetze wurden, nur weil sie als Slowenen, als Kroaten, als Zigeuner nicht den entarteten rassistischen Normen entsprochen haben. Dieses Gedenken muß letztlich auch alle jene tapferen Männer und Frauen der slowenischen Volksgruppe umfassen, die sich als bewußte Österreicher dem

Widerstand gegen den Nationalsozialismus angeschlossen und damit einen wichtigen Beitrag zur Befreiung unseres Landes und zur Wiedererrichtung unseres Staates geleistet haben, betonte der Bundeskanzler.

Toleranz ist eine selbstverständliche und grundlegende Voraussetzung. Was aber notwendig und noch nicht so selbstverständlich ist, ist die Erkenntnis, daß unsere Volksgruppen und nationalen Minderheiten eine echte und sehr wichtige Bereicherung Österreichs sind und auch als solche empfunden werden. Durch ihre Sprache und ihre eigenständige kulturelle Tradition machen sie Österreich bunter, interessanter und vielfältiger, und bilden darüber hinaus eine wertvolle Brücke der Verständigung und der Zusammenarbeit über unsere Grenzen hinweg mit unseren Nachbarstaaten. Selbstverständlich hat jede Minderheit Recht und Anspruch auf Schutz dieser Eigenständigkeit und auf Wahrung ihrer besonderen Interessen. „Wir bekennen uns gerne und in positivem Sinne zu dieser Aufgabe“, unterstrich Vranitzky.



Durchführung des Ehrengabegesetzes

Das Ehrengabegesetz ist Ende April 1988 in Kraft getreten. Die Durchführung hat bereits begonnen. Besitzer eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs haben vom Sozialministerium ein Schreiben erhalten, in dem sie aufgefordert werden, auf einem Formular die Bankkontonummer, wohin die Ehrengabe überwiesen werden soll, anzugeben.

Opfer oder Hinterbliebene von Opfern, die nach dem Opferfürsorgegesetz eine Rentenleistung beziehen und keine Ehrenzeichenbesitzer sind, erhalten 4000 beziehungsweise 3500 Schilling. Die Beträge wurden bereits mit der Opferrente angewiesen.

Amtsbescheinigungs- und Opferausweisbesitzer erhalten auf Ansuchen eine Ehrengabe von 3500 Schilling (Amtsbescheinigung) oder 2500 Schilling (Opferausweis).

Das Ansuchen ist an das Amt der Landesregierung zu richten. In Wien an die MA 12, 1010 Wien, Schottenring 24.

Formulare sind bei den sozialistischen Freiheitskämpfern in der Zentrale und bei den Landesgruppen beziehungsweise Bezirksgruppen erhältlich.

Im Ausland lebende Personen erhalten ein Formular bei den zuständigen diplomatischen Vertretern, wo es ausgefüllt abzugeben ist.

Das Ansuchen ist deshalb erforderlich, weil die Ämter der Landesregierung nicht wissen, ob die Personen, für die eine Amtsbescheinigung oder ein Opferausweis ausgestellt wurde, noch leben beziehungsweise wo sie wohnen.

Für Genossinnen und Genossen, die die Ehrengabe nicht selbst in Anspruch nehmen wollen, haben wir einen „Unterstützungsfonds der sozialistischen Freiheitskämpfer“ geschaffen, BAWAG Konto-Nr. 10010 671 251, auf das die Ehrengabe überwiesen werden kann.

Hilfsfonds

Für hilfsbedürftige Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung, die weder ein Ehrenzeichen noch eine Amtsbescheinigung oder einen Opferausweis besitzen, wurde ein Hilfsfonds vom Sozialministerium geschaffen, aus dem auf Ansuchen Zuwendungen gewährt werden können. Eine derartige Zuwendung ist nur bei finanzieller Bedürftigkeit möglich. Das ist, wenn das monatliche Gesamteinkommen für Alleinstehende den Nettobetrag von 9227 Schilling, für Verheiratete oder in Lebensgemeinschaft Lebende einen Nettobetrag von 13.840 Schilling nicht übersteigt. Diese Einkommengrenzen erhöhen sich um 3075 Schilling für jedes unterhaltsberechtigende Kind.

Beratung und Formulare für solche Ansuchen sind im Sekretariat der sozialistischen Freiheitskämpfer, 1010 Wien, Löwelstraße 18, und bei den Landesgruppen beziehungsweise Bezirksgruppen erhältlich.

Im Vorwort wird die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegebene Dokumentation „Anschluß 1938“ (Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988, 685 Seiten, Leinen 350 Schilling, kartoniert 290 Schilling) bescheiden als „Ergänzung zur reichhaltigen Literatur zum Gedenkjahr 1988“ bezeichnet. Tatsächlich handelt es sich um ein umfassendes Nachschlagewerk, das sowohl bekannte als auch neu erschlossene Dokumente enthält. Entstanden ist ein Standardwerk, das als unentbehrlich bezeichnet werden muß. Der Dokumentation vorangestellt sind Beiträge bekannter Historiker, in denen, entsprechend der Überparteilichkeit des Dokumentationsarchivs, die Haltung des katholisch-konservativen Lagers, des „völkisch“-deutschnationalen Lagers und der illegalen Arbeiterbewegung dargestellt wird. Die veröffentlichten Dokumente reichen von der Vorgeschichte des „Anschlusses“ über den „Anschluß“ selbst sowie Reaktionen darauf bis zu den nationalsozialistischen Übergriffen und Ausschreitungen im März und April 1938.

*

Zur Sonderausstellung „Wien 1938“ in der Volkshalle des Rathauses ist ein 452 Seiten starkes Buch „Wien 1938“ erschienen (Österreichischer Bundesverlag und Verlag für Jugend und Volk, Wien 1988). Dieses Werk beeindruckt vor allem durch seine Fülle von historischen Fotos, Plänen und Dokumenten,

Neue politische Bücher

die in Verbindung mit den Textbeiträgen auch den Lesern den Nationalsozialismus veranschaulichen, die ihn nicht selbst erlebt haben. Ein ungewöhnlich reichhaltiges Buch zu einer ungewöhnlich attraktiven Ausstellung (die noch bis 30. Juni 1988 zu sehen ist).

*

Unter dem Titel „1938... und was dann?“ veröffentlicht die Grazer Historikerin Elfriede Schmidt im Österreichischen Kulturverlag (Thaur/Tirol 1988, 270 Seiten, 198 Schilling) eine Reihe von Interviews, die sie mit prominenten Zeitzeugen geführt hat, unter ihnen Bruno Kreisky, Kardinal Franz König und Simon Wiesenthal. Sehr persönliche Beiträge zur „oral history“.

Korrektur

In der Sonderausgabe des „Kämpfer“ wurde fälschlicherweise berichtet, daß Genosse Robert Blau am 16. März 1988 gestorben ist. Tatsächlich ist Genosse Blau am 6. März 1988 gestorben. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

SS-Mord — 24 Stunden vor Kriegsende

Wilhelm Simetzberger war Feilenhauer im Werk Furthof der St. Aegydyer Eisen- und Stahl-Industrie Gesellschaft. In den Jahren 1941/42 sammelte er im Betrieb Geld zur Unterstützung einiger Frauen, deren Männer ins KZ gekommen waren und die eine Unterstützung dringend benötigten.

Die Solidaritätsbeziehung wurde verraten, Simetzberger mit einigen Kollegen zusammen von der Gestapo verhaftet und nach einem mehrwöchigen Aufenthalt im Gefangenenhaus St. Pölten in die Strafanstalt Krems-Stein eingewiesen. Dort verblieb er bis gegen Ende des Jahres 1944. Eine Einordnung in den Arbeitsprozeß war nach der Haftentlassung wegen eines Lungenleidens nicht möglich. Quartier und Kost erhielt der Entlassene bei seiner Mutter.

Im April 1945 wurde dem einstigen Häftling eine neuerliche Verhaftung angedroht. Simetzberger wurde am 6. Mai 1945 verhaftet, noch am selben Tag in das kleine Anhaltelager Türnitz überstellt und dort am 7. Mai 1945 von der SS erschossen. Der Leichnam Simetzbergers wurde in einem Bombentrichter verscharrt, später exhumiert und schließlich in Oberwölbling beigesetzt.

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Fortsetzung von Seite 6

Schule und ihre Befürworter sind traurige Erscheinungen der Gegenwart. Einer, der davon betroffen ist, ist der engagierte Professor für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Klagenfurt Peter Gstettner. In seinem neuen Werk „**Zwanghaft Deutsch? Über falschen Abwehrkampf und verkehrten Heimatdienst**“, welches er als friedenspädagogisches Handbuch für interkulturelle Praxis im „Grenzland“ versteht, gibt Gstettner einen umfassenden Einblick in die Auseinandersetzungen um die zweisprachige Schule in Kärnten. „Das sogenannte Pädagogenmodell“, schreibt der Autor, „bringt für niemanden eine Verbesserung, dafür aber vermehrte Konflikte für alle. Die Mehrheit wird diese Konflikte mit Dauerschäden überleben, die Minderheit nicht. Dieses ‚Modell‘ ist ein Ausdruck pädagogischen Unverständnisses und minderheitenfeindlicher Intoleranz, sonst nichts.“ Auf einen Punkt konzentriert Josef Hindels dieses Problem, als er dazu bemerkte:

„Wir dürfen es nicht zulassen, daß heute slowenische Kinder in ein Ghetto gedrängt werden, wie das vor 50 Jahren mit jüdischen Kindern geschehen ist. Der Antifaschismus ist unteilbar.“

Geschichte der Kärntner Slowenen von 1918 bis zur Gegenwart unter Berücksichtigung der gesamtslowenischen Geschichte. Vorbereitet von einer Historikerkommission unter dem Vorsitz von Valentin Inzko. Klagenfurt/Celovec: Hermagoras-Verlag, 1988, 226 S.

Sturm, Borut Marjan/Črtomir Zorec: Padlim za svobodo. Pomniki protifašističnega boja na Koroškem. Den Gefallenen für die Freiheit. Gedenkstätten des antifaschistischen Kampfes in Kärnten. Klagenfurt/Celovec: Drava-Verlag, 1987, 219 S.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 534 27-0. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarktgassee 4.

Gstettner, Peter: Zwanghaft Deutsch? Über falschen Abwehrkampf und verkehrten Heimatdienst. Herausgegeben vom Slowenischen wissenschaftlichen Institut. Klagenfurt/Celovec: Drava-Verlag, 1988, 233 S.

Kärnten

Franz Schweinzer †. Der im ganzen Unterkärntner Raum bekannte Altbürgermeister Franz Schweinzer, Ehrenringträger der Gemeinde Eberndorf, ist nicht mehr. Franz Schweinzer war seit 1922 Parteimitglied gewesen und hat neben dem großen goldenen Parteiabzeichen für seine besonderen Verdienste die Victor-Adler-Plakette erhalten. Nach kurzer Zeit als SPÖ-Bezirkssekretär ist er über 20 Jahre ÖGB-Bezirkssekretär gewesen. Er ist für 60jährige ÖGB-Mitgliedschaft mit dem goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet worden. Er war auch über sieben Jahre Bezirksobmann des Pensionistenverbandes und hat für seine Tätigkeit die höchste Auszeichnung, das goldene Ehrenzeichen, erhalten.

Franz Schweinzer hat über 18 Jahre lang im Eberndorfer Gemeinderat mitgewirkt, davon über 15 Jahre als Bürgermeister der Marktgemeinde.

Stets mit der Heimat verbunden war Schweinzer auch jahrelang Mitglied des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, davon auch über 20 Jahre Mitglied des Landesvorstandes.

An der Verabschiedung nahm auch der Landesobmann des Landesverbandes Kärnten, Hans Pawlik, teil.

Leoben

Am 11. März 1988 gedachte die Bezirksleitung der SPÖ Leoben durch Kranzniederlegungen bei allen Gedenkstätten innerhalb des Bezirksbereiches der Ereignisse vor 50 Jahren. Die diesjährigen Gedenkveranstaltungen erhielten durch die 50jährige Wiederkehr eine besondere Bedeutung und waren geprägt von dem Verspre-

chen, nicht nur der Form nach den Ereignissen der Vergangenheit Rechnung zu tragen, sondern zu mahnen und darauf hinzuweisen, daß alles getan werden müsse, damit es zu keiner Wiederkehr dieser unseligen Zeit komme. Jeder Generation komme daher die Aufgabe zu, dieser Opfer und deren Anliegen, die Freiheit Österreichs zu wahren, durch entschlossenes Handeln zu entsprechen.

Kranzniederlegungen im Beisein zahlreicher Spitzenfunktionäre der Partei, wie LABg. Hans Kirner, Frau Bundesrat a. D. Leopoldine Pohl, sowie der jeweiligen Ortsfunktionäre fanden im Beisein von Freiheitskämpfern, wie Fritz Inkret und Franz Zechner, aber auch Vertretern der Jugendorganisationen, etwa Klaus Hödl, unter anderen, in Proleb beim dortigen Mahnmal, bei der Gedenktafel der Eisenbahner am Leobener Hauptbahnhof, am Denkmal des Gärner Parks, bei der Hinrichtungsstätte von Koloman Wallisch im Hof des alten Kreisgerichtes in Leoben



(siehe Foto), weiters beim Denkmal der Opfer des Faschismus am Donawitzer Friedhof und schließlich beim Gedenkstein und der Opferstätte in St. Michael statt. Überall wurde, sei es von örtlichen Vertretern oder von SPÖ-Bezirkssekretär Kurt Wallner, der Ereignisse gedacht und darauf hingewiesen, daß es nach 50 Jahren wohl ein Verzeihen, jedoch niemals ein Vergessen dieser Zeit geben dürfe.

An unsere Leser!

Aus Platzgründen mußte die Rubrik „Sprechstunden“ in dieser Nummer unserer Zeitung entfallen. Wir bitten um Verständnis. Redaktionsschluß für die Nummer 7/8 ist der 15. Juli 1988.